



Hauptausschuss

63. Sitzung (öffentlich)

19. Mai 2009

Düsseldorf – Haus des Landtags

14:00 Uhr bis 14:30 Uhr

Vorsitz: Werner Jostmeier (CDU)

Protokoll: Niemeyer

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- | | | |
|----------|---|----------|
| 1 | Gesetz zur Änderung der gesetzlichen Befristungen im Zuständigkeitsbereich des Ministerpräsidenten | 3 |
| | Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/9022

- Beschlussempfehlung zur zweiten Lesung

Der Gesetzentwurf wird mit den Stimmen der Fraktionen von
CDU, SPD und FDP in Abwesenheit der Fraktion Bünd-
nis 90/Die Grünen gebilligt. | |
| 2 | Neue Perspektiven der Zusammenarbeit im europäischen Raum | 4 |
| | Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/8089

- abschließende Beratung und Abstimmung | |

In Verbindung mit:**Europäische Zusammenarbeit**

- Sachstandsbericht der Landesregierung
(ohne Benelux)

Und:**Internationale Zusammenarbeit außerhalb der EU**

Vorlage 14/2588

- Bericht der Landesregierung

Der Ausschuss stimmt dem Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP bei Enthaltung der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen zu.

3 Für ein bürgernahes Europa - die herausragende Bedeutung der europäischen Integration und der Europawahl 2009 vermitteln**7**

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/8553

Der Antrag wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der Fraktion der SPD angenommen.

4 Verschiedenes**9**

Der Vorsitzende wird den Ausschussmitgliedern die Informationen schriftlich zuleiten.

* * *

Aus der Diskussion

1 Gesetz zur Änderung der gesetzlichen Befristungen im Zuständigkeitsbereich des Ministerpräsidenten

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/9022

- Beschlussempfehlung zur zweiten Lesung

(vom Plenum am 6. Mai 2009 zur alleinigen Beratung an den Hauptausschuss überwiesen)

Der Gesetzentwurf wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD und FDP in Abwesenheit der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gebilligt.

